



für derzeit
112 Bürgerinitiativen

c/o
Thomas Jacob
15913 Märkische Heide
Glietzer Dorfstr. 11

Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Wünsdorf, 04.11.2017

Resolution

für eine Wende in der Energiepolitik Deutschlands

In Anbetracht der bereits erkennbaren und der noch zu erwartenden ökologischen und ökonomischen Verwerfungen in Deutschland als Folge einer seit Jahren verfehlten Energiepolitik fordern **verantwortungsbewußte** und betroffene Bürger unverzüglich folgende Änderungen für die neue Legislaturperiode:

- 1. Abschaffung des EEG mit allen Subventionen und Privilegien für die Windkraft incl. Aufhebung der Privilegierung der Windkraft im §35 BauGB**
- 2. Genehmigungen und Förderungen für Investitionen in der Energiewirtschaft nur noch nach Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Ökologie sowie transparent für den Bürger zu erteilen**
- 3. Prüfung der Machbarkeit einer weitgehenden Abkehr von fossilen Brennstoffen durch absolut unabhängige und erfahrene Energiewirtschaftler, da 2016 Wind- und Sonnenstrom nur ca. 4,6 % zum Endenergieverbrauch beitrugen.**

Spendenkonto:

Spreewaldbank eG Lübben
IBAN:
DE 9318 0926 8400 0201 8101
BIC: GENODEF1LN1
Verwendungszweck:
VI Brandenburg

Begründungen:

1. Die Ziele der Energiewende – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz – wurden und werden nicht erreicht, weil ihre Umsetzung ohne einen verbindlichen Masterplan versucht und zunehmend dem Zwecke der Profitgenerierung untergeordnet wurde.
2. Die sogenannten Erneuerbaren Energien sind wegen ihrer geringen Energiedichte quantitativ und wegen ihrer Volatilität (10 Tage Dunkelflaute Januar 2017) qualitativ nicht geeignet, unsere Industrienation zu versorgen. Dem kann auch mit bisher nicht vorhandenen, und wenn, unbezahlbaren Speichern sowie weiterem Netzausbau (150 Mrd. € geplant) nicht vollumfänglich begegnet werden.
3. Im Jahr 2016 wurden von den Windkraftanlagen lediglich 1.595 Volllaststunden erreicht (das Jahr hat 8.760h). Es fielen 643 Mio.€ für Phantomstrom an (nicht produziert aber an Betreiber bezahlt). Am 29.10.2017 musste infolge Starkwinds Windstrom mit Zuzahlungen in Nachbarländer entsorgt werden - in Summe 69,1 Mio. € zu Lasten der Bürger. Die jährlichen Kosten der Energiewende betragen ca. **27 Mrd. €**.
4. Den langfristigen Folgeschäden für Mensch und Natur, resultierend aus rücksichtslosem Ausbau von Wind- und Solarenergie, wurde unzureichend Aufmerksamkeit geschenkt. Auf Grund zu geringer Abstände von Windkraftanlagen zu Wohnbebauungen leiden ca. 30 % der Anwohner unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Die Schlagopferaten an Windkraftanlagen bei Fledermäusen und Greifvögeln gefährden zunehmend die Reproduktion einiger Arten. Der Verbrauch klimarelevanter Wälder für Wind- und Solaranlagen widerspricht dem Sinn der Energiewende.
5. Kommunen wurden ihrer Planungshoheit beraubt, um unter dem Deckmantel des Klimaschutzes fragwürdige Projekte der Windkraft durchzusetzen.
6. Ohne Rücksicht auf die Lebensqualität und die Gesundheit der Landbevölkerung, ohne Berücksichtigung wertvoller Kulturlandschaften wurde mit dem bisherigen Ausbau von Wind- und Solaranlagen unserem Land irreparabler Schaden zugefügt.
7. Der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird infolge der steigenden Stromkosten mehr und mehr Schaden zugefügt, der zum Abbau unseres Wohlstandes führen wird. Seit dem 28.08.2017 liegt Ihnen das Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen vor mit der begründeten Forderung: *"Ökonomisch sinnvolles Umsteuern der Energiewende, um riesige Wohlfahrtsverluste zu verhindern."*

Fazit: Um eine tragbare neue Energiekonzeption erarbeiten zu können, ist unverzüglich ein Moratorium für weiteren Ausbau zwecks Schadensbegrenzung zu verabschieden!

Wir erwarten die Berücksichtigung unserer Forderungen in den Koalitionsverhandlungen und bei der Neuausrichtung der Energiepolitik.

Mit freundlichen Grüßen und einem Appell an die Vernunft

viele informierte Bürger aus Brandenburg, aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Sachsen-Anhalt, aus Berlin und aus Bayern

Kopie an Verhandlungspartner der Koalitionsgespräche der CSU, FDP, Grüne

Kontakt: Waltraud Plarre, Neuhäuser Str. 18, 14797 Kloster Lehnin / info@vi-rettet-brandenburg.de

Unterschriften vom 04.11.2017:

Name _____ Wohnort _____